

Auftrag und ihre Mitverantwortung wahrnehmen kann“. Die Synode fordert eine Klärung der jetzt bekanntgewordenen Verstrickungen mit dem SED-Regime und besonders mit dem MfS „ohne falsche Rücksichten und ohne Rücksichtslosigkeit“. Es könne *kein allgemeines Schuldbekenntnis der Kirche* verlangt werden, weil das die „guten Erfahrungen mit dem Weg, auf dem die Kirche von Gott geführt worden ist“, verdunkeln würde. Es dürfe keine Vorverurteilungen und Entlastungserklärungen geben, wo genaue Nachfrage und sorgfältige Prüfung geboten seien. Schließlich wird festgehalten, es gebe in der evangelischen Kirche „durchaus unterschiedliche und teilweise auch gegensätzliche Urteile“ über die theologische und politische Einschätzung von Ziel und Bedeutung dessen, was als Sozialismus bezeichnet werde.

Noch kein Ende der Debatte in Sicht

Die Synode unternahm bei ihrer Tagung in Suhl auch einen konkreten Schritt zur Klärung möglicher kirchlicher Verstrickungen mit der DDR-Staatssicherheit: Ihr Präsidium, so wurde beschlossen, wird der Gauck-Behörde eine Namensliste aller Synodenmitglieder zuleiten, der Rat der EKD wird ebenso mit den Namen aller EKD-Mitarbeiter und aller seit 1961 gewählten Ratsmitglieder verfahren. Der Gauck-Behörde liegt eine Liste der Decknamen inoffizieller Mitarbeiter des MfS vor, die im kirchlichen Bereich tätig gewesen sein sollen; sie soll jetzt anhand der von Rat und Synode gelieferten Namenslisten überprüfen, „ob sich unter den benannten inoffiziellen Mitarbeitern tatsächlich kirchliche Mitarbeiter verbergen“.

Am 30. September kamen in Berlin die Vorsitzenden der Ausschüsse zur Aufklärung von Stasi-Verflechtungen kirchlicher Mitarbeiter zusammen, die in den östlichen Gliedkirchen der EKD bestehen. Nach dem Treffen wurde von der EKD mitgeteilt, die Zahl der Fälle, in denen wegen Amtspflichtverletzungen aufgrund einer Zusam-

menarbeit mit der Staatssicherheit der DDR bisher disziplinarische Maßnahmen ergriffen worden oder zu erwarten seien, bzw. eine Beendigung des Dienstes erfolgt sei, liege zwischen zwei und acht je Landeskirche. In der sächsischen Landeskirche mit insgesamt etwa 1050 Pfarrern, so Richard Schröder in seinem Referat in Suhl, sind bisher zwanzig Fälle bekanntgeworden, in denen Pfarrer regelmäßige Stasi-Kontakte hatten. Bei dem vor einem Jahr eingerichteten *Vormittlungsausschuß* der EKD zur Aufklärung der Zusammenarbeit kirchlicher Mitarbeiter mit der Stasi werden nach Mitteilung von EKD-Kirchenamtspräsident *Otto von Campenhausen* (DAS, 2. 10. 92) derzeit vierzehn Fälle geprüft.

Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit wird sowohl die Gliedkirchen in den neuen Bundesländern wie die EKD insgesamt noch einige Zeit beschäftigen. Das gilt zunächst für die inzwischen bekanntgewordenen oder noch aufzudeckenden Fälle von kirchlichen Mitarbeitern, die sich mit der Staatssicherheit einließen. Es gilt aber noch mehr für die Rechenschaft der evangelischen Kirche über ihren Weg im DDR-System, wobei sich in Suhl deutlich zeigte, daß die Debatte über die Option „Kirche im Sozialismus“ mit allen ihren Konnotationen und Konsequenzen zu der unvermeidlichen Frage nach dem Standort der evangelischen Kirche in der größer gewordenen Bundesrepublik, ihrem politischen und wirtschaftlichen Gefüge hinführt.

Bei der Antwort auf diese Frage laufen die Scheidelinien nicht zwischen östlichen und westlichen Gliedkirchen, sondern jeweils durch sie hindurch. In der Kundgebung zur „Kirche im geteilten Deutschland“ der Synodaltagung von Suhl heißt es dazu, es müsse das Gespräch über die sozialen und gesellschaftspolitischen Traditionen neu geführt werden, die mit dem Auftrag der Kirche für Nächstenliebe und Gerechtigkeit zusammengehen könnten. Die evangelische Kirche sollte sich dieser Herausforderung jetzt auch wirklich stellen.

Ulrich Ruh

„Neuer Kirchenkurs“ führt zu politischen Komplikationen

Die österreichische Kirche und die Ausländerdiskussion

Während in der Bundesrepublik um eine politische Lösung angesichts des Zustroms von Asylbewerbern gerungen wird, steht auch in Österreich das Ausländerproblem oben auf der politischen Tagesordnung. Es wird von Jörg Haider, dem Chef der oppositionellen FPÖ instrumentalisiert, um die Stellung seiner Partei gegenüber der Großen Koalition zu stärken. Die katholische Kirche Österreichs, durch den „neuen Kirchenkurs“ ohnehin geschwächt, ist in die Auseinandersetzung um das Ausländerproblem voll einbezogen.

Das kürzlich veröffentlichte Ergebnis der Volkszählung 1991 in Österreich bietet einige alarmierende Aspekte. Danach ist der Anteil der Katholiken an der österreichischen Gesamtbevölkerung zum ersten Mal unter 80 Prozent gefallen. In absoluten Zahlen bedeutet dies einen Rückgang der Katholiken um 300 000 Personen innerhalb von zehn Jahren. Bei den evangelischen Christen in Österreich ist die Lage nicht besser. Ihr Anteil ist um 13 Prozent zurückgegangen. Damit sind nur noch fünf Prozent der österreichischen Bevölkerung evangelisch.

Im Vergleich der Wohnbevölkerung ergibt sich aufgrund dieses Volkszählungsergebnisses ein Rückgang der Katholiken von 87,4 Prozent im Jahr 1971 auf 84,3 Prozent im Jahr 1981 und auf 77,9 Prozent im Jahr 1991. Der Anteil der evangelischen Christen ist im gleichen Zeitraum von sechs Prozent im Jahr 1971 auf 5,6 Prozent im Jahr 1981 und auf fünf Prozent im Jahr 1991 gefallen. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Österreicher ohne Religionsbekenntnis von 4,3 Prozent im Jahr 1971 auf sechs Prozent im Jahr 1981 und schließlich auf 8,6 Prozent im Jahr 1991. Auf diese Weise gibt es bereits mehr Konfessionslose als evangelische Christen in Österreich. Die Zahl der Muslime hat sich in der letzten Dekade auf fast 160 000 verdoppelt, doch macht der islamische Bevölkerungsanteil insgesamt nur zwei Prozent aus. Regional gibt es allerdings durch türkische Gastarbeiter starke Verschiedenheiten, so erreicht der Anteil der Muslime im stark industrialisierten Dornbirn in Vorarlberg bereits zehn Prozent der Wohnbevölkerung.

Jörg Haider will ein Volksbegehren

Diese Zahlen hängen zweifellos im starken Maß mit den säkularisierenden Tendenzen zusammen, die schon seit geraumer Zeit in allen westeuropäischen Industrieländern zu vermerken sind. Es kann aber gar kein Zweifel bestehen, daß hausgemachte Entwicklungen in Österreich diesen Trend noch zusätzlich verstärken. Der „neue Kirchenkurs“ Roms, der sich gerade in Österreich durch eine ganze Reihe von Bischofsnennungen auswirkte, führt immer intensiver zu einer *grassierenden Verdrossenheit über die Kirche*, die durch das ätzende Echo in zahlreichen Medien des Landes zu bedenklichen Verallgemeinerungen führt.

Eben ist im Residenz-Verlag eine Studie über Tendenzen in der Salzburger Kirchenpolitik erschienen, die der Salzburger Politologe *Franz Horner* verfaßte, und die am Fallbeispiel Salzburgs die Auswirkungen der römischen Kirchenpolitik untersucht. In der Studie heißt es, der „neue Kirchenkurs“ Roms werde sich – sollte er sich wider alle Vernunft und Vorhersehbarkeit länger halten – kirchlich wie politisch als tragischer Irrweg erweisen. Der Grund dafür sei einfach: „Der gegenwärtige ‚neue Kirchenkurs‘ hat eine solide Basis lediglich bei zehn bis zwanzig Prozent der österreichischen Bevölkerung. Das Motiv dabei ist nicht Treue zum Evangelium, sondern (religiöses) Sicherheitsbedürfnis und in diesem Zusammenhang autoritäre Denk- und Handlungsmuster.“ Von den Katholiken habe sich bereits ein Teil in eine desinteressierte „neue Gleichgültigkeit“ zurückgezogen: „Die übrigen erleiden eine zunehmende und rasche Entfremdung von der Kirche insgesamt . . . Der ‚neue Kirchenkurs‘ muß also damit rechnen, nur wenig Unterstützung im Volk zu haben und Entfremdung insbesondere in den Bildungsschichten zu verursachen. Das hat Auswirkungen nicht nur auf die kirchlichen, sondern auch auf die politischen Entwicklungen in unserem Land.“

Diese Analyse ist in den vergangenen Wochen durch die

Vorgänge auf politischer Ebene in beklemmender Weise bestätigt worden. In diesem Zeitraum geriet die katholische Kirche in Österreich in der *Ausländer-Problematik* in einen vehementen Gegensatz zum Parteiohmann der Freiheitlichen Partei Österreichs, *Jörg Haider*, der angesichts der permanenten Zuwanderung aus Osteuropa und des Flüchtlingsstromes aus Bosnien ein Volksbegehren gegen die Ausländer ankündigte. In diesem Volksbegehren, das noch vor Weihnachten eingeleitet werden soll, wird u. a. verlangt, den Satz „Österreich ist kein Einwanderungsland“ in die Verfassung aufzunehmen.

Von Seiten der Sozialdemokratischen Partei wurde dieses Ausländer-Volksbegehren von Anfang an massiv verurteilt und zurückgewiesen. Die Sozialdemokraten versuchten in diesem Zusammenhang, den freiheitlichen Parteiohmann Haider in eine rechtsradikale Ecke zu stellen und dort zu isolieren. Die Österreichische Volkspartei wandte sich auch von Anfang an gegen dieses Volksbegehren, doch war ihr Widerstand keineswegs so geschlossen. Manche taktische Winkelzüge erschütterten ihre Glaubwürdigkeit. So erhob z. B. ÖVP-Bundesparteiohmann *Erhard Busek* im Oktober plötzlich die Forderung, alle illegalen Ausländer sollten aus Österreich abgeschoben werden.

Der stärkste Widerspruch gegen eine radikale Änderung der österreichischen Ausländerpolitik, die seit der ungarischen Revolution im Jahr 1956 mit der Aufnahme von 185 000 Flüchtlingen traditionell großzügig und fremdenfreundlich ist, kam von kirchlicher Seite. Besonderes Gewicht hatten die mahnenden Worte von Kardinal *Franz König*, der an die Österreicher appellierte, die „Grenzen um uns nicht so eng zu ziehen“. Die in Not befindlichen Menschen hätten ein Recht, daß „man ihnen zu Hilfe kommt“. Er verstehe, daß es in der Bevölkerung Ängste gibt: „Je mehr man jedoch das Prinzip des Egoismus in den Vordergrund schiebt, desto mehr erzeugt man auch Spannungen.“

Auch Wiens Erzbischof, Kardinal *Hans-Hermann Groer*, schloß sich dieser Argumentation an. Er warnte vor Egoismus, der einen unüberwindlichen Abgrund zwischen den Menschen schaffe: „Welche Völker sind heute bereit, zu teilen und sich der Armen anzunehmen?“ Der Grazer Diözesanbischof *Johann Weber* warnte die Entscheidungsträger in Österreich, jetzt nicht die Nerven zu verlieren. Deutlich machte Weber auch gegen die Auffassung des ÖVP-Bundesparteiohmannes Busek Front: Eine generelle Abschiebung aller sogenannten illegalen Ausländer aus Österreich wäre „technisch, menschlich und moralisch nicht vertretbar“. Ebenso eindeutig nahm Weber gegen das Volksbegehren des FPÖ-Obmannes Stellung. Der Satz „Das Boot ist voll“ sollte geächtet werden, sagte er.

Der St. Pöltner Diözesanbischof *Kurt Krenn* erklärte, er werde das von der FPÖ angekündigte Volksbegehren „in dieser Form“ nicht unterschreiben, zumal er in einem Volksbegehren keine Lösung sehe. Er gab jedoch zu erkennen, daß er für das „darin formulierte Anliegen“

durchaus eintritt. Er mache sich zwar keine Punkte zu eigen, wie sie in dem Entwurf zum Volksbegehren festgehalten sind, sieht jedoch „darin beachtenswerte Zeichen von Problemen, die wir gemeinsam haben“.

Abrechnung mit der „linken Kirche“

Als geschickter Politiker, der ein feines Gespür für Haarrisse in gegnerischen Fronten hat, erwiderte Jörg Haider, die kritischen Äußerungen auf kirchlicher Seite seien Ausdruck einer „linken Kirche“. Im übrigen sei Kardinal König bereits Pensionist, und niemand könne sagen, inwieweit das Kirchenvolk mit derartigen Äußerungen kirchlicher Amtsträger übereinstimme. Haider, der sich in dieser Auseinandersetzung gerne als „bekennter Katholik“ bezeichnet, ergänzte, daß er sich das Recht eines Mitglieds der Kirche herausnehme, in bestimmten Fragen anderer Meinung als einige Bischöfe zu sein.

Im Zusammenhang mit dieser heftigen Auseinandersetzung, die durch Veröffentlichungen in allen Medien eine kaum überbietbare Publizität erhielten, erregte die Oktober-Ausgabe des in Graz erscheinenden Magazins „Aula“ Aufsehen, das als Stimme der im „Freiheitlichen Akademikerverband“ zusammengefaßten Burschenschaften und schlagenden Verbindungen in Österreich bekannt ist. In dieser Ausgabe waren nicht weniger als neun Seiten Beiträgen über die katholische Kirche gewidmet, wobei vor allem ein ausführliches Interview mit Bischof Krenn auffiel. In einem Artikel von *Andreas Mölzer*, der als Bildungsreferent der Freiheitlichen Partei Österreichs schon wiederholt in öffentliche Auseinandersetzungen geraten ist, heißt es zu diesem Thema: „Wer hätte das gedacht, daß nationalliberales Lager und katholische Kirche einmal einen gemeinsamen Gegner haben. Der antifaschistische Kulturkampf wendet sich gegen beide. Konservative Katholiken wie Bischof Kurt Krenn werden hart bekämpft.“

In näherer Detaillierung seiner These schreibt Mölzer, der konservative Teil der Kirche in Österreich gerate zur selben Zeit und etwa im selben Maße wie die Freiheitlichen Jörg Haider in das Schußfeld der linksextremen Gesellschaftsveränderer und der antifaschistischen Kulturkämpfer: „Linkskatholiken laufen da im Vereine mit erklärten Agnostikern und deklarierten Marxisten Sturm gegen einen Erzbischof Krenn. Ultralinke Dritte-Welt-Romaniker solidarisieren sich mit für die Erhaltung des Regenwaldes und der um das Überleben der Indios kämpfenden Missionsbischöfen gegen rustikale österreichische Kirchenfürsten. Insgesamt eine wirklich unheilige Allianz, die nach außen hin so tut, als gehe es ihr um das Wohl und Wehe der Katholiken, um die Zukunft der römischen Kirche. In Wirklichkeit aber geht es den antifaschistischen Kulturkämpfern und ihren Helfershelfern aus allen Bereichen der linken Kultur-, Medien- und Politschickeria darum, eine Rückbesinnung auch christlich-katholischer Kreise auf das traditionelle Wertesystem zu verhindern. Kein Wunder also, daß sich zunehmend auch aus hoch-

konservativ-katholischen Schichten in der Bevölkerung die Hoffnung auf die Freiheitlichen Jörg Haider richtet. Hier vermeint man noch die nötige Zivilcourage vorzufinden, um diesen antifaschistischen Kulturkämpfern Widerstand entgegenzubringen.“

Andere Gefolgsleute von Jörg Haider verwendeten eine weniger raffinierte Klinge. Sie sprangen mit dem Dreschflegel in die Arena. So warf beispielsweise der FPÖ-Klubobmann im Wiener Gemeinderat, *Rainer Pawkowicz*, dem Wiener Weihbischof *Florian Kuntner*, der das angekündigte Ausländer-Volksbegehren als erstes Volksbegehren bezeichnet hatte, das gegen Menschen gerichtet ist, eine „Nazi-Diktion“ vor, und forderte ihn „zur Mäßigung“ auf. Diese Ausfälle konnten jedoch den inneren Zusammenhang nicht verdecken, der zwischen den Ansichten von Bischof Krenn und manchen politischen Zielsetzungen von Jörg Haider besteht. In diesem Punkt hatte die „Aula“ zweifellos ein sensibles Thema berührt. Für die Kirche ist diese Situation mehr als fatal. Sie muß befürchten, daß die durch den „neuen Kurs“ Roms heraufbeschworene innerkirchliche Zerstrittenheit, die ohnehin schon Probleme sonder Zahl aufgibt, nun auch noch eine parteipolitische Instrumentalisierung erhält. Der Eindruck, nicht nur auf die Katholiken des Landes, ist zwangsläufig verheerend.

Caritas-Präsident im Kreuzfeuer

Die Folgen der Lage wurden allgemein sichtbar, als die Herbstsession der Bischofskonferenz in ihrem Kommuniqué wohl zur Ausländerfrage Stellung nahm, aber das geplante Volksbegehren nicht einmal mit einem Wort erwähnte. Nach den starken Wortmeldungen einzelner Bischöfe war dies naturgemäß auffallend, doch meinte der Pressesprecher der Bischofskonferenz, Bischof *Johann Weber*, man habe die ohnehin erhitzte Situation nicht noch weiter aufschaukeln wollen.

Tatsächlich dürfte die geschilderte inhaltliche Differenz in der Bischofskonferenz ausschlaggebend für die erstaunliche Zurückhaltung gewesen sein. Die Fronten verliefen dabei allerdings nicht exakt nach den vorgegebenen Bruchlinien, sondern kreuz und quer, da offenbar auch solche Bischöfe, die gar keine Nähe zu den Aussagen von FPÖ-Obmann Jörg Haider haben, davor zurückscheuen, sich mit diesem angriffslustigen Politiker allzusehr anzulegen.

Immerhin stellte sich die Bischofskonferenz eindeutig hinter Caritas-Präsident *Helmut Schüller*, der schon seit Monaten durch sein mutiges Eintreten für Flüchtlinge und Asylbewerber in das Kreuzfeuer aller Parteien geraten ist. Schüller erregte wiederholt den besonderen Zorn des sozialdemokratischen Innenministers *Franz Löschnak*, als sich der Caritas-Präsident gegen die oft recht bürokratische und restriktive Behandlung von Flüchtlingen durch die österreichischen Behörden wandte. Andererseits kam Schüller mit Jörg Haider wegen dessen Ausländer-Volksbegehren in den Clinch, scheute aber nicht davor zurück,

die Ausgrenzungstaktik der Koalitionsparteien zu ignorieren und Haider zu einem persönlichen Gespräch zu treffen. Dies trug ihm herbe Kritik von seiten hoher SPÖ- und ÖVP-Politiker ein.

Auf diese Weise wurde Helmut Schüller, der auch im Fernsehen argumentativ und gewandt aufzutreten versteht, zu einer christlichen Stimme, die allen Einwänden zum Trotz über die Parteigrenzen hinweg respektiert und ernst genommen wird. Die Bischofskonferenz stellte allerdings auch ihm die Rute ins Fenster, indem sie formuliert, die Caritas werde ihren großen Aufgaben nur dann gerecht werden können, wenn sie sich so wie bisher bemüht, „außerhalb parteipolitischer Auseinandersetzungen zu bleiben“. Wie das praktisch geschehen soll, wenn eine so wichtige und zugleich heikle Frage wie das Ausländerproblem überhaupt nur noch zu parteipolitischem Hickhack mißbraucht wird, ist nicht näher erklärt worden.

Innenminister Löschnak, der die Zahl der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien mit 60 000 und jene der Asylbewerber mit 20 000 beziffert, sowie die Zahl der illegalen Ausländer in Österreich auf 100 000 schätzt, benützte übrigens das Mitte November erschienene Dokument des Vatikans zur Flüchtlingsfrage sofort, um seine Politik zu rechtfertigen und indirekt Caritas-Präsident Schüller zu kritisieren. Das vatikanische Papier habe die Grenzen für Flüchtlinge enger gezogen, als dies die österreichischen Gesetze tun, behauptete Löschnak.

Wiens Weihbischof *Florian Kuntner* antwortete umgehend und bezeichnete die Aussage des Innenministers als völlig unbegreiflich. Es werde das Gegenteil dessen unterstellt, was im Dokument des Vatikans geschrieben ist. Dies sei „eine Beleidigung der humanitären Absichten des Heiligen Stuhls“. Caritas-Präsident Schüller, der nicht nur das Volksbegehren der FPÖ ablehnt, sondern auch die Flüchtlingspolitik der Regierung als zu bürokratisch und zu wenig menschenbezogen kritisiert, ergänzte keck, der Innenminister habe das Dokument wohl nicht vollständig und nicht genau gelesen.

Österreich auf dem Weg zur Mitgliedschaft in der EG

Die leidenschaftlich geführte Auseinandersetzung um die Ausländerproblematik in Österreich, der bisher allerdings größere Gewaltakte erspart geblieben sind, gewinnt über die Sache selbst hinaus doppelte Bedeutung, weil Österreich durch seinen *Antrag auf Vollmitgliedschaft bei der Europäischen Gemeinschaft* einige bisher unbestrittene Grundpfeiler seiner Identität zwangsläufig in Frage stellen muß. Vor allem die Neutralität, die jahrzehntelang so etwas wie eine „heilige Kuh“ in Österreich war und die in der österreichischen Bevölkerung ungemein populär ist, wurde durch die rasante Entwicklung auf europäischer Ebene einem irreversiblen Abnutzungsprozeß ausgesetzt. Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialdemokraten und volksparteilichen Christdemokraten, in welchem Maß und in welchem Tempo Österreich seine Neutralität

zugunsten eines neuen europäischen Sicherheitssystems aufgeben soll, lassen zunehmende politische Auseinandersetzungen in dieser Schlüsselfrage erwarten. Jörg Haider mischt auch hier bereits fest mit: Im Parlament stellte seine Fraktion den Antrag, die Neutralität „abzuschaffen“ und aufzugeben. Die beiden großen Koalitionsparteien lehnten diesen Antrag umgehend ab, doch das Thema ist damit noch keineswegs gelöst.

In dieser Situation absolvierte der im Juni mit überraschender Mehrheit neugewählte Bundespräsident der Alpenrepublik, *Thomas Klestil*, seinen ersten Staatsbesuch, der ihn traditionsgemäß in die Schweiz führte. Damit vollzog das österreichische Staatsoberhaupt einen demonstrativen Schulterchluß mit den Eidgenossen, die ähnliche, wenn auch im Ausmaß noch ärgere Probleme mit der Aufgabe ihrer Neutralität und mit dem Anschluß an das neue, vereinte Europa haben. Thomas Klestil, der nach wie vor über eine eindrucksvolle Popularität verfügt, und in diesem Sinn als der eigentliche Gegenspieler von Jörg Haider bezeichnet werden kann, erklärte in der Schweiz ganz offen, daß die Neutralität nicht mehr als unüberwindbares Hindernis auf dem Weg nach Europa betrachtet werden dürfe. Er ließ deutlich erkennen, daß die rot-weiß-rote Republik bereit ist, zugunsten der europäischen Option auf ihre Neutralität zu verzichten. Die Schweizer Gesprächspartner dankten Klestil für seine offenen Worte, die er auch im Fernsehen wiederholte, und ließen erkennen, daß auch sie keinen anderen Ausweg aus dem gegenwärtigen Dilemma sehen. Insgeheim fügten sie aber jene quälende Frage hinzu, die auch österreichischen Politikern Kopfzerbrechen bereitet: Wie können wir unsere Bevölkerung von der Notwendigkeit dieser radikalen Wende überzeugen?

In der Schweiz wird bereits die Volksabstimmung am 6. Dezember über die Mitgliedschaft beim Europäischen Wirtschaftsraum eine erste Antwort bringen. In Österreich wurde diese Mitgliedschaft bereits vom Parlament beschlossen, ohne das Volk zu befragen. Spätestens beim Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit der EG ist aber eine *Volksabstimmung* in Österreich über dieses Thema zwingend vorgesehen, und niemand kann sagen, wie ein solches Referendum ausgehen wird. Nach Meinungsumfragen ist jedenfalls die Stimmung in der Bevölkerung gegenwärtig von einem knappen „Ja“ auf ein knappes „Nein“ abgerutscht.

Jörg Haider dürfte auch da seine Hände mit im Spiel haben. Denn seine Partei, die seit der Gründung im Jahr 1955 immer eine überzeugte EG-Partei gewesen war, ist jetzt um 180 Grad umgeschwenkt. Sie spricht sich – wohl in Erkenntnis des verbreiteten Mißtrauens gegen die EG im Zusammenhang mit dem totalen Fehlschlag der EG-Politik im ehemaligen Jugoslawien und mit den enormen Transitproblemen auf den westösterreichischen Alpenübergängen – nun plötzlich gegen einen „unbesonnenen“ EG-Beitritt Österreichs aus. Wie man sieht, sind Überraschungen aller Art in Österreich nicht auszuschließen.

Fritz Csoklich